



Fausser: Unternehmen profitieren von gezielter Förderung der Migranten

Landesregierung setzt sich für unbürokratische Anerkennung von Qualifikationen ein - In einer Landtagsdebatte zum Thema „Erleichterte Anerkennung ausländischer Qualifikationen“ sagte die mittelstandspolitische Sprecherin der FDP/DVP-Fraktion, Beate Fausser unter anderem: „Für unsere Gesellschaft ist es von großer Bedeutung, dass die Menschen in Baden-Württemberg – und zwar Deutsche wie Migranten – eine Chance auf Arbeit, berufliche Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten haben.

Nur dadurch wird Integration und ein positives Miteinander der Kulturen möglich. Bei der Anhörung der Landesregierung zum Thema „Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen“ wurde darüber diskutiert, wie eine Vereinfachung der Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Abschlüssen vor allem für Migranten aus nichteuropäischen Staaten erreicht werden kann. Viele Maßnahmen wurden bereits ergriffen, um eine verbesserte Förderung zu ermöglichen. Die Agentur für Arbeit stellte die inzwischen vorhandenen Beratungs- und Fördermöglichkeiten vor. Übereinstimmung bestand darin, dass mangelnde Deutschkenntnisse vieler Migranten ein wesentliches berufliches Handicap darstellen. Von der Agentur für Arbeit werden deshalb neben Integrationskursen bereits berufsbezogene Sprachkurse angeboten. Hierfür stehen in Baden-Württemberg seit 2009 rund 1.800 Plätze zur Verfügung. Ab Dezember 2009 werden im Ausland erworbene Abschlüsse auch ohne Anerkennung systematisch erfasst. Inzwischen gibt es in Stuttgart einen qualifizierten Anerkennungsberater, der gezielt von den Job-Centern eingeschaltet werden kann. Fragen von Ratsuchenden können direkt über eine Internetadresse der Arbeitsagentur erfolgen. Die Berater übernehmen nicht nur eine Lotsen-funktion und Fall bezogene Begleitung, es gibt darüber hinaus eine finanzielle Unterstützung für die Übersetzung von Zeugnissen, Abschlüssen bzw. deren Nachweise. Über das Berufsbildungsgesetz können Nachqualifizierung und Fortbildung vorgenommen werden. Die bereits angegangenen Aktivitäten werden im Moment weiter ausgebaut und auch entsprechend der Wirtschaftsministerkonferenz, die zu diesem Thema im Juni dieses Jahres beraten hat, vorangetrieben. Eine erfolgreiche Anlaufstation ist die Otto-Benecke-Stiftung, die mit der Integration zugewanderter Akademiker/Innen eine reichhaltige Erfahrung hat und insgesamt 30.000 Stipendien vergeben konnte. Bei aller Förderung von Arbeitnehmern bleibt festzuhalten, dass in Baden-Württemberg hohe Qualitätsanforderungen von Seiten der Wirtschaft bestehen und dass hohe Standards in allen Branchen gefordert werden. Hohe Qualität ist gleichzeitig Verbraucherschutz. Ob im Handwerk oder im Gesundheitsbereich. Die Forderung der IHK, dass Gleichstellung kein Etikettenschwindel sein darf, muss ernst genommen werden. Es ist darüber hinaus darauf zu achten, dass sich Arbeitgeber auf angegebene Berufsbezeichnungen verlassen



können. Insgesamt ist festzuhalten, dass die Menschen so gut fortgebildet werden müssen, dass sie nicht sofort in der Probezeit wieder entlassen werden. Die Marke „Made in Germany“ muss in jedem Fall erhalten werden, um auch zukünftig national und International in einem globalen System erfolgreich arbeiten zu können. Selbstverständlich darf es auch für Migranten keinen Abschluss ohne Anschluss geben, die Durchlässigkeit – nicht nur der Schule, sondern auch der beruflichen Chancen – muss erhalten bleiben. Deshalb fordern wir für Migranten eine weitere Förderung und Beratung, es gibt aber auch in diesem Bereich nicht nur ein Bringschuld, sondern auch eine Holschuld, um die entsprechenden Aufstiegsmöglichkeiten ergreifen zu können. Heute schon kann man in vielen Abendschulen und anderen Fort- und Weiterbildungseinrichtungen die Aktivitäten unserer ausländischen Mitbürger positiv bewerten. Die Politik hat erkannt, dass alle Potenziale von Können und Fähigkeiten genützt werden müssen, dies wird selbstverständlich auch von der Landesregierung vorangetrieben.“